Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 07.02.2024 **Drucksache** 19/**396**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Politik für den ländlichen Raum – Taten statt Worte!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der ländliche Raum mit all seinen Facetten identitätsstiftend für Bayern ist. Er bietet einzigartige Kultur und hat ein vielfältiges Potenzial. Dort wird der Großteil unserer Rohstoffe gefördert und Nahrungsmittel produziert. Ländliche Räume sind aber auch Zukunftsräume. In den ländlichen Regionen werden die erneuerbaren Energien produziert. Dort ist Raum für hunderttausende Unternehmen, das sind viele kleine und mittlere Betriebe, das Handwerk oder Gastronomie und andere Dienstleistungen. Der Schlüssel zur wirtschaftlichen Stärke in Bayern liegt gerade auch in der Dezentralität der mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Politik neu auszurichten, damit der ländliche Raum die enormen Herausforderungen durch den demographischen Wandel, den Fachkräftemangel, die schlechten Verkehrsanbindungen und das fortgesetzte Wegbrechen von Einrichtungen der Daseinsvorsorge bewältigen kann.

Wegen des heute spürbaren und weiter steigenden Transformationsdrucks in vielen Handlungsfeldern wird die Staatsregierung weiterhin aufgefordert, die bestehenden sozialen und räumlichen Ungleichheiten abzumildern, um einen stabilen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu ermöglichen. Handlungsprämisse soll dabei sein, dass positive Entwicklungsimpulse (z. B. durch Wertschöpfung, die aus einer dezentralen Energiewende resultiert) insbesondere für die Regionen genutzt werden können, die bislang aufgrund ihrer Strukturschwäche eher unter den Lasten der gegenwärtig ungleichen räumlichen Entwicklung zu leiden haben.

Der Landtag stellt fest, dass es dabei unabdingbar ist, die Kommunen als Orte der sozial-ökologischen Transformation zu stärken, sie zu befähigen und zu unterstützen, damit sie ihre Spielräume wirksam ausnutzen können. Die derzeit bereit gestellten Mittel reichen dafür bei weitem nicht aus. Zudem muss Klimaschutz zur besonderen Pflichtaufgabe mit entsprechender finanzieller Ausstattung gemacht werden.

Der Landtag fordert die Staatsregierung daher auf, ein Konzept zur Stärkung des ländlichen Raums vorzulegen, das insbesondere folgende Punkte beinhalten sollte:

– Starke Regionalplanung: Die Institutionen der Regionalplanung müssen nach Jahren der Deregulierung wieder gestärkt und für zusätzliche Aufgaben entsprechend personell ausgerüstet werden.

– Starke Beteiligungskultur: Durch planerischen Einbezug der Bürgerinnen und Bürger sowie durch die finanzielle Beteiligung kann neue Aufbruchsstimmung für ländliche Räume generiert werden.

– Starkes Handwerk: Aufbau eines bayerischen Zentrums für nachhaltiges Wirtschaften mit Vertretungen in regionalen Transformationsclustern sowie Unterstützung in

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Form von Existenzgründungsberatungen und -begleitungen für Pionierinnen und Pioniere des Wandels.

– Starke Gemeinschaften in den Städten und Gemeinden: Dorfläden müssen gefördert werden; die Schwimmbadförderung muss massiv erhöht werden, damit Kinder überall in Bayern schwimmen lernen können.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, durch ministerielles Schreiben die Möglichkeit der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach §§ 74, 10 Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) zu erleichtern, damit Minderjährigen für Fahrten von und zur Arbeits- und Ausbildungsstätte eine Fahrerlaubnis der Klasse B erteilt werden kann.

Der Landtag begrüßt den vielfältigen Einsatz der Bundesregierung für den ländlichen Raum, wie etwa die Investitions- und Sanierungsprogramme für Sportstätten und Kultureinrichtungen.

Der Landtag stellt fest, dass hierbei besonders erfreulich ist, dass es in den Haushaltsberatungen des Bundestages trotz angespannter Haushaltslage gelungen ist, die erheblichen Kürzungen beim zentralen Finanzierungsinstrument für den ländlichen Raum, der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), deutlich abzumildern, indem die Bundesmittel für die GAK um insgesamt 66,75 Mio. Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf auf über 907 Mio. Euro angehoben wurden.

Begründung:

Das Schaffen gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land ist Verfassungsauftrag. Multiple Krisen stellen den Freistaat vor massive und drängende Herausforderungen, die für den sozialen und räumlichen Zusammenhalt in Bayern erhebliche Risiken bedeuten. Die Bevölkerungsentwicklung in Bayern hat sich zwar insgesamt positiv, aber zwischen den verschiedenen Regionen, insbesondere zwischen ländlichen Räumen in den Randlagen Bayerns und den Großstädten Südbayerns, beinahe ungebrochen auseinanderentwickelt. Dies resultiert nicht mehr nur aus den Folgen eines lang absehbaren demographischen Wandels, sondern deutet in zahlreichen Bereichen auf strukturelle Ungleichheiten sowohl in der Verteilungs- als auch der Chancengerechtigkeit hin. Zahlreiche Herausforderungen der Transformation werden sich in aktuell bereits benachteiligten Regionen bündeln: vom dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien über besonderen Veränderungsdruck bei den Mobilitätsformen bis hin zu veränderten Anforderungen an Landnutzung. Soll die notwendige sozial-ökologische Transformation erfolgreich umgesetzt und akzeptiert werden, müssen zentrale Aspekte räumlicher Gerechtigkeit bei der Ausarbeitung von Maßnahmen von Beginn an mitberücksichtigt werden. Es können sich insbesondere für ländliche Räume neue Wertschöpfungsmöglichkeiten erschließen, Erwerbschancen eröffnen und die Lebensqualität in der Region nachhaltig verbessern. Dafür ist jedoch eine Neuausrichtung der Politik in der Energieerzeugung, bei der Mobilität und dem Wohnen notwendig.